

Gesunde Staatsfinanzen als Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum



**Finanzpolitisches Forderungspapier der SVP
im Vorfeld der Budgetberatung 2006**

25. November 2005

Gesunde Staatsfinanzen als Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum

Inhaltsverzeichnis

1	Die Zielsetzung der Finanz- und Steuerpolitik.....	3
2	Ausgangslage.....	3
3	Katastrophale Entwicklung der Bundesfinanzen	4
3.1	Bedenklicher Wandel seit 1990.....	4
3.2	Ausgaben und Schulden stiegen stark an.....	4
3.3	Staatsquote: Höchster Anstieg aller OECD-Staaten	5
3.4	Fiskalquote: Nur Italien war noch schlechter.....	6
3.5	Schluss mit der verheerenden Finanz- und Steuerpolitik	6
4	Steuerpolitische Forderungen der SVP.....	7
4.1	Grundsatz.....	7
4.2	Unternehmensbesteuerung.....	7
4.3	Familienbesteuerung.....	7
5	Finanzpolitische Forderungen der SVP.....	8
5.1	Rückweisung Voranschlag 2006	8
5.2	Korrektur Voranschlag 2007.....	8
5.3	Anpassung der Finanzplanung.....	8
5.3.1	Instrumentelle Verbesserung der Finanzplanung.....	8
5.3.2	Die Vorschläge des Bundesrates sind ungenügend!.....	9
5.4	Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht.....	11
5.5	Verschärfung der Schuldenbremse	11
5.6	Einführung des Finanzreferendums	12
5.7	Schuldenabbau	12
5.7.1	Veräußerung der Bundesbeteiligungen	12
5.7.2	Ausarbeitung eines Konzepts zum Schuldenabbau	12
5.8	Finanzierungskonzept Sozialversicherungen bis 2025.....	13

1 Die Zielsetzung der Finanz- und Steuerpolitik

Ohne Wirtschaftswachstum rutscht ein Staat in die Armut ab. Nur wenn die Wirtschaft wächst, ist der Staat in der Lage, seine Verpflichtungen langfristig zu erfüllen. In der Schweiz ist das Wirtschaftswachstum seit 1990 weit unter dem langjährigen Durchschnitt und den Wachstumsraten der anderen OECD-Staaten geblieben. Die Politik muss daher alles daran setzen, dass sich die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz wieder auf den Wachstumspfad zurückbewegt. Die öffentliche Finanz- und Steuerpolitik ist für jede Volkswirtschaft ein zentraler Faktor. Nur wenn der Staat über einen gesunden Finanzhaushalt verfügt und seinen Bürgern sowie der Wirtschaft den notwendigen Handlungsspielraum gewährt, ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich.

Die Finanz- und Steuerpolitik der Schweiz muss so ausgestaltet werden, dass die Wirtschaft wachsen kann.

2 Ausgangslage

In der Dezembersession 2005 wird das Parlament die finanzpolitischen Weichen für das Jahr 2006 und die darauf folgenden Finanzplanjahre 2007 - 2009 stellen müssen. Die Botschaft des Bundesrates zum Voranschlag 2006 sieht ein Defizit von rund 700 Millionen vor. Dazu kommen weitere 2.1 Milliarden ausserordentliche Ausgaben für die Ausfinanzierung von Pensionskassen. Das bedeutet also alleine für das Jahr 2006 ein Defizit von 2.8 Milliarden! Auch mittelfristig sieht die finanzpolitische Perspektive äusserst negativ aus. In den Jahren 2008 – 2010 drohen die Ausgaben des Bundes endgültig aus dem Ruder zu laufen. Aufgrund der noch hinzukommenden Ungewissheit bei der Ausgabenentwicklung der Sozialwerke gilt es, frühzeitig die Notbremse zu ziehen. Ansonsten ist es zu spät.

Minimalziel der SVP für die Beratung des Voranschlags war, einen ausgeglichenen Voranschlag 2006 zu erreichen. Leider mangelte es an politischem Willen, das Budget für das kommende Jahr ausgeglichen zu gestalten.

Die SVP trägt eine solche verantwortungslose Finanz- und Steuerpolitik nicht mit. Sie wird den Voranschlag 2006 zurückweisen und ihn allenfalls in der Schlussabstimmung ablehnen. Den Finanzplan 2007 – 2009 will die SVP nicht behandeln, weil er die Vorgaben überwiesener parlamentarischer Vorstösse nicht erfüllt.

3 Katastrophale Entwicklung der Bundesfinanzen

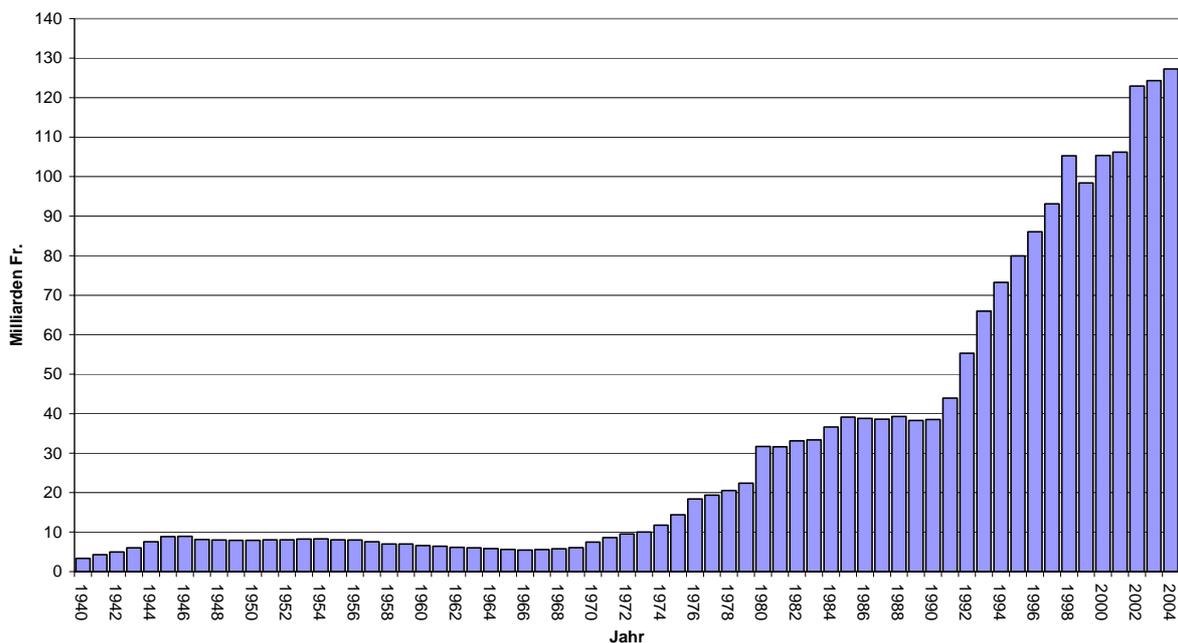
3.1 Bedenklicher Wandel seit 1990

Die Schweiz vollzog in der Finanzpolitik in den letzten 15 Jahren unter Führung der Mitte-Links-Parteien einen äusserst bedenklichen Wandel. War sie 1990 international gesehen noch an der Spitze, ist heute die Bezeichnung „finanzpolitisches Mittelmass“ zutreffender! Während die Schweiz nach dem zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte mit einem schlanken Staat¹ auskam und gerade der schlanke Staat massgeblich für den Wohlstand unserer Gesellschaft mitverantwortlich war, vollzog sich in den 90er Jahren ein sehr unrühmlicher Wandel: **Der Staat wucherte so schnell wie nie zuvor!**

3.2 Ausgaben und Schulden stiegen stark an

Im Jahr 1990 verzeichnete der Bund noch Ausgaben von rund 31.6 Milliarden und Schulden von 38.9 Milliarden. Im Jahr 2004 stiegen die Ausgaben auf 50.3 Milliarden und die Schulden gar auf 126.7 Milliarden an. **Dies bedeutet, dass die Ausgaben des Bundes zwischen 1990 und 2004 um 59% zunahmen und sich die Schulden im gleichen Zeitraum mehr als verdreifachten!**

Entwicklung der Bundesschulden 1940 - 2004



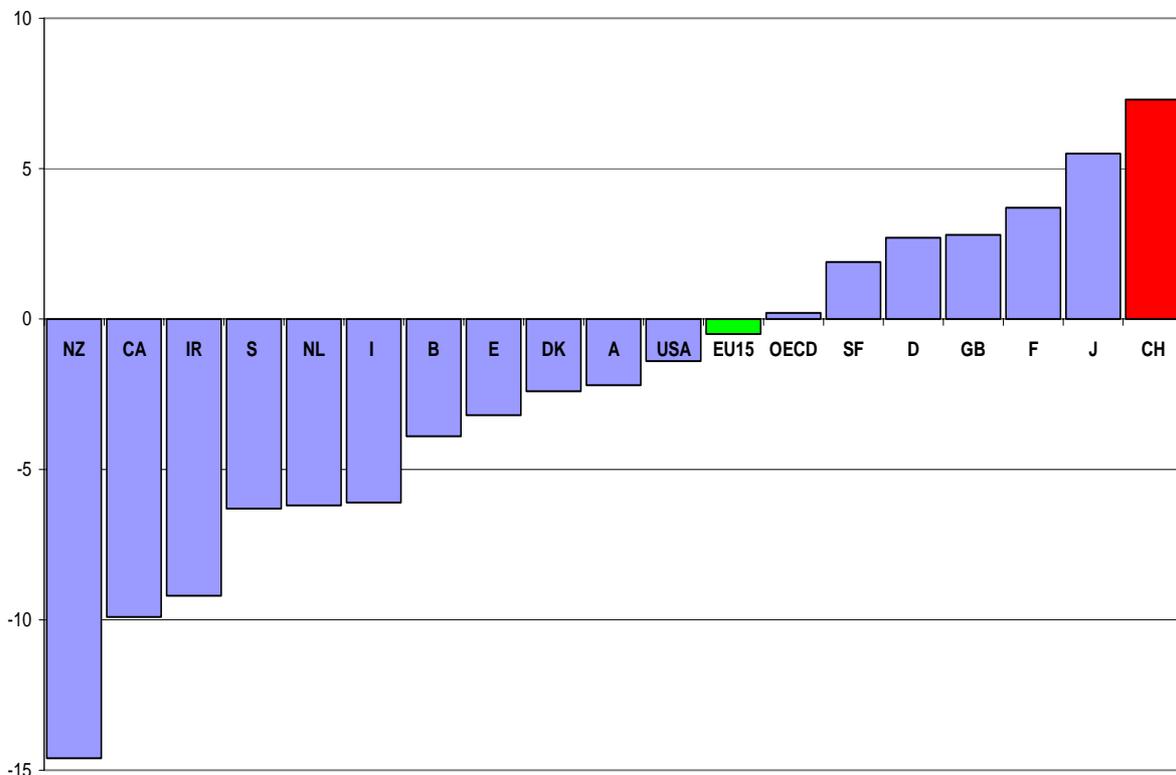
¹ Gemeint ist die gesamte öffentliche Hand: Bund, Kantone, Gemeinden, Zweckverbände und sonstige öffentliche Aufgabenträger.

3.3 Staatsquote: Höchster Anstieg aller OECD-Staaten

Die übermässige Ausdehnung des Staates zeigt sich am eindrücklichsten anhand der Staatsquote². Während die Schweiz 1990 mit einer Staatsquote von 31.5 % den tiefsten Wert der OECD-Staaten aufwies, verzeichnete sie zwischen 1990 und 2005 einen Anstieg um 7.3% auf 38.8% und liegt nun fast im OECD-Durchschnitt von 40.5%. Dieser aber ist seit 1990 praktisch konstant geblieben und nur um 0.2% angestiegen. Zwischen 1990 und 2005 wurde die Schweiz von Neuseeland, Japan Irland und den USA mit tieferen Staatsquoten überholt.

Die relative Verschlechterung der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht wegdiskutieren und spiegelt sich klar im mangelnden Wirtschaftswachstum wider.

Wachstum der Staatsquote 1990 - 2005 (absolut)



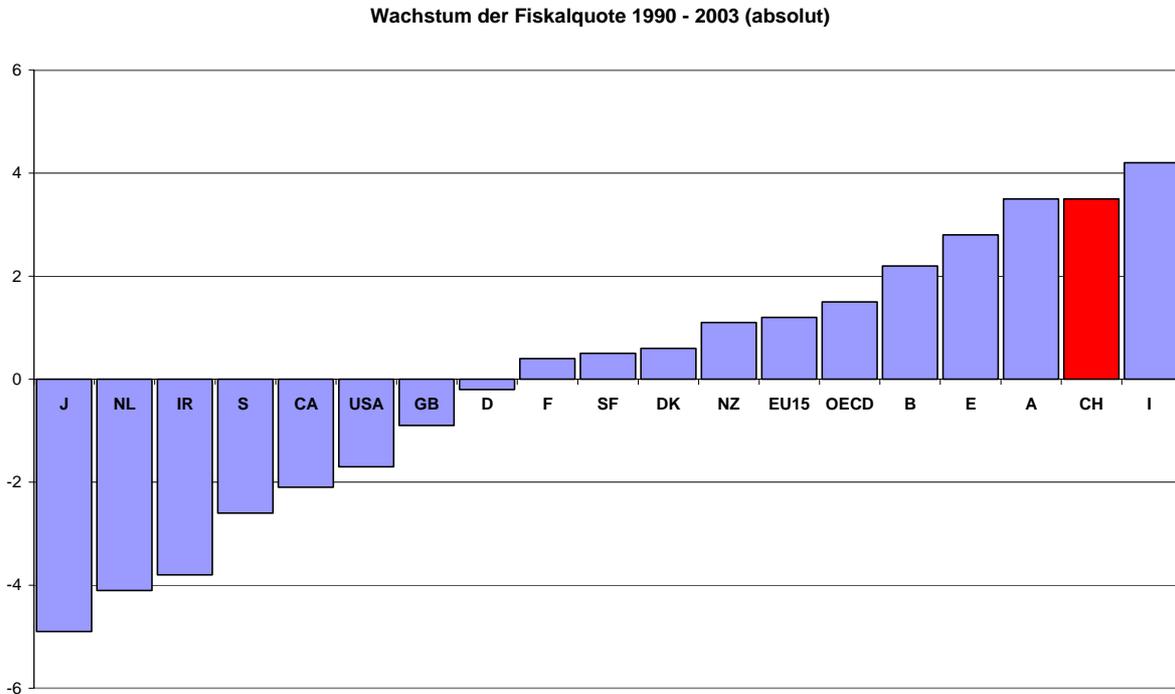
Die offizielle Definition der Staatsquote (und auch der Fiskalquote) der Schweiz beinhaltet zudem wichtige Abgaben nicht, welche im Ausland und insbesondere bei direkten Konkurrenten berücksichtigt werden³. **Werden bei der Berechnung der Staatsquote alle Zwangsabgaben (Prämien, Gebühren und Abgaben) erfasst, so liegt diese bei weit über 50%**. Die Schweiz ist damit nur noch im Mittelfeld der OECD-Staaten anzutreffen.

² Alle Zahlen zur Staatsquote (Bund, Kantone und Gemeinden) basieren auf dem offiziellen Zahlenmaterial der EFV vom April 2005.

³ In der heutigen Berechnung der Staatsquote fehlen insbesondere die UVG-Prämien, Beiträge an die obligatorische Krankenversicherung, obligatorische Beiträge an die berufliche Vorsorge sowie die staatlichen Beiträge an die Familienausgleichskassen, da sie zwar privat erbracht werden, es sich aber faktisch um Zwangsabgaben handelt.

3.4 Fiskalquote: Nur Italien war noch schlechter

Wenn der Staat derart schnell expandiert, macht er entweder Schulden oder er braucht zusätzliche Mittel um seine neuen Tätigkeiten zu finanzieren. Beides trifft für die Schweiz in erschreckendem Ausmass zu. Wie bereits dargestellt, stiegen die Schulden enorm an. Doch auch die Steuerbelastung⁴ nahm seit 1990 weit überdurchschnittlich zu.



Während Länder wie Japan, Neuseeland, Irland und sogar das sozialdemokratisch regierte Schweden die Steuerbelastung markant senken konnten, stieg die Steuerbelastung der Schweiz massiv an. Nur Italien mit seiner überdurchschnittlichen Schattenwirtschaft verzeichnete zwischen 1990 und 2003 einen noch höheren Anstieg der Steuerbelastung.

3.5 Schluss mit der verheerenden Finanz- und Steuerpolitik

Angesichts dieser bedrohlichen Ausdehnung des Schweizer Staatshaushalts erstaunt es wenig, dass die Schweizer Wirtschaft seit 1990 praktisch stagniert. Wenn sich der Staat nicht zurückhält und mittels Regulierung immer mehr in die Entfaltung der Bürger und der Unternehmen eingreift, wird ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zur Illusion.

Wenn die Schweiz als Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb weiterhin konkurrenzfähig sein will, muss sie ihre Finanz- und Steuerpolitik dringend ändern. Nur so wird nachhaltiges Wirtschaftswachstum wieder möglich.

⁴ Alle Zahlen zur Fiskalquote basieren auf dem offiziellen Zahlenmaterial der EFV vom Okt. 2005. Da die Zahlen für 2004 erst provisorische Werte darstellen, wurden die Zahlen für das Jahr 2003 verwendet.

4 Steuerpolitische Forderungen der SVP

4.1 Grundsatz

Der Finanzplan des Bundesrates für die Jahre 2007 - 2009 ist völlig ungenügend, denn er sieht für 2009 Einnahmenerhöhungen von über 12 Milliarden gegenüber 2004 vor (Erhöhung der LSVA, Erhöhung der MwSt um 0.8% für die IV, CO₂-Abgabe, etc.). In einer Zeit, in der – ausgelöst durch die osteuropäischen Staaten – eine enorme Dynamik in den internationalen Steuerwettbewerb gebracht wurde, ist es für den Schweizer Wirtschaftsstandort fatal, Steuern, Gebühren und Abgaben zu erhöhen. Auf die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, der CO₂-Abgabe und der LSVA ist deshalb zu verzichten. Zudem dürfen die Lohnnebenkosten nicht weiter erhöht werden.

Die SVP fordert den Verzicht auf die Erhöhung bestehender und auf die Einführung neuer Steuern, Gebühren und Abgaben.

Anstelle von Steuererhöhungen sind die dringend benötigten Reformen im Bereich der Unternehmens- und Familienbesteuerung sowie der Mehrwertsteuer voranzutreiben.

Die SVP fordert die Umsetzung sämtlicher Steuerreformen durch ausgabenseitige Einsparungen im Bundeshaushalt. Die aus den Steuerreformen resultierenden Mindereinnahmen müssen in der Finanzplanung durch ausgabenseitige Einsparungen kompensiert werden (Aufgabenverzichtsplanung!).

4.2 Unternehmensbesteuerung

Eine Unternehmenssteuerreform muss eine spürbare Entlastung für Wirtschaft und Gewerbe bringen, so dass Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen begünstigt werden. Ziel muss eine Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Schweiz sein.

Die SVP fordert die Abschaffung der direkten Bundessteuern für Unternehmen⁵. Die Doppelbesteuerung von Aktienkapital ist zu beseitigen.

4.3 Familienbesteuerung

Die Heiratsstrafe ist zu beseitigen, ohne jedoch den Alleinstehenden und Rentnern neue Steuern aufzubürden. Anstelle einer Vereinheitlichung der Kinderzulagen sind höhere Steuerabzüge für Kinder zu überprüfen.

Die SVP fordert die Beseitigung der Heiratsstrafe, ohne allein stehende Personen stärker zu belasten. Die Mindereinnahmen sind ausgabenseitig zu kompensieren.

⁵ 05.3303 - Motion. Arbeitsplatzbeschaffung durch Abschaffung der direkten Bundessteuer für Unternehmen

5 Finanzpolitische Forderungen der SVP

5.1 Rückweisung Voranschlag 2006

Minimalziel der SVP für die Beratung des Voranschlags war, einen ausgeglichenen Voranschlag 2006 zu erreichen. Es wurden über 140 Sparanträge ausgearbeitet und für die Beratung den Subkommissionen der Finanzkommission zugeleitet. Mit dem notwendigen politischen Willen hätte aus den Vorschlägen ein ausgeglichener Voranschlag 2006 resultiert. Leider mangelt es den anderen Parteien an diesem Willen. Das Resultat wird daher nur ein geringfügig verbesserter Voranschlag sein. Somit wird auch im Jahr 2006 ein riesiges Defizit entstehen. In der Finanzrechnung ist mit einem Rückschlag von über 500 Millionen zu rechnen. Dazu kommen weitere 2.1 Milliarden Defizit aus der Erfolgsrechnung. Dies heisst im Klartext wieder über 2 Milliarden neue Schulden im Jahr 2006!

Die SVP weist den Voranschlag 2006 an den Bundesrat zurück und fordert ihn auf, einen neuen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren.

5.2 Korrektur Voranschlag 2007

Das Neue Rechnungslegungsmodell (NRM) ist 2007 termingerecht einzuführen. Damit verlangt die SVP volle Transparenz für sämtliche Ausgaben und Einnahmen. Sämtliche Beteiligungen und mögliche ausstehende Risiken sind transparent darzustellen. Ebenfalls muss endlich Schluss sein mit der jährlichen Standardäusserung des Bundesrates gegenüber den Räten, man sei für den nächsten Voranschlag bereits zu spät, um Einsparungen vorzunehmen.

Angesichts der positiven konjunkturellen Prognosen fordert die SVP eine spürbare ausgabenseitige Entlastung des Bundeshaushalts für den Voranschlag 2007 sowie einen Überschuss in Milliardenhöhe. Nur so kann endlich damit begonnen werden, den riesigen Schuldenberg langsam abzutragen.

5.3 Anpassung der Finanzplanung

5.3.1 Instrumentelle Verbesserung der Finanzplanung

Die aktuelle Finanzplanung des Bundesrates bietet dem Parlament eine zu wenig zweckmässige Arbeitsgrundlage. Es mangelt ihr daran, dass die finanziellen Handlungsspielräume für das Parlament zu wenig sichtbar werden.

- Die Abstimmung zwischen Finanzplanung und Budgetierung muss verbessert werden. Für das Parlament muss klarer ersichtlich sein, welche Posten der Finanzplanung ins Budget übergehen.
- Die heute übliche Vierjahresplanung (1 Jahr Budget und 3 Jahre Finanzplan) reicht teilweise bei wichtigen Politikfeldern nicht mehr aus. Sie muss über mehr als 4 Jahre erstreckt werden. Insbesondere im Bereich der Sozialwerke drängt sich ein längerer Planungshorizont auf.
- Die heutige Finanzplanung des Bundesrates beschränkt sich auf eine reine Auflistung der zukünftigen Finanzentwicklung. Politische Beurteilungen der Regierung sind jedoch erst im Budgetvorschlag der Regierung enthalten. Dies ist sehr unbefriedigend. Die Finanzplanung soll daher ebenfalls mit den grundsätzlichen politi-

schen Überlegungen der Regierung versehen werden, damit das Parlament seinen Handlungsspielraum schon frühzeitig wahrnehmen kann.

Die SVP fordert die instrumentelle Verbesserung der Finanzplanung zur Vergrößerung des Handlungsspielraums des Parlaments.

5.3.2 Die Vorschläge des Bundesrates sind ungenügend!

In den Jahren 2005 - 2009 steigen die Einnahmen um durchschnittlich 3.9%⁶. Die Wirtschaft wächst hingegen nur um 3.3%. Damit vergrößert sich die Steuerbelastung erheblich. Auch die Ausgaben laufen ab 2008 aus dem Ruder. Trotz Entlastungsprogramm 2003, Entlastungsprogramm 2004 und Aufgabenverzichtsplanning will der Bundesrat im Jahr 2009 10 Milliarden mehr ausgeben als 2004.

Selbst die zu wenig griffigen Vorgaben der Schuldenbremse werden verfehlt. Denn der Bundesrat mogelt sich mit einer „virtuellen Kreditsperre“⁷ an der Schuldenbremse vorbei. Zudem werden die Motionen Schweiger⁸ und Löpfe⁹ nicht in der Finanzplanung berücksichtigt.

Aufwand des Bundes (in Milliarden Franken)	Rechnung 1990	Rechnung 2004	Voransch. 2006	Finanzplan 2009
TOTAL	31.615728	50.284505	52.853615	60.148000
Allgemeine Verwaltung	1.086262	1.926450	2.004559	2.014000
Justiz, Polizei	0.354270	0.710262	0.766309	0.763000
Beziehungen zum Ausland	1.580687	2.441312	2.466350	2.656000
Landesverteidigung	6.052526	4.640578	4.558157	4.691000
Bildung und Grundlagenforschung	2.438124	3.902662	4.061512	4.505000
Kultur und Freizeit	0.233793	0.449629	0.446285	0.400000
Gesundheit	0.124541	0.203448	0.203175	0.207000
Soziale Wohlfahrt	6.865761	13.812534	14.663070	16.294000
Verkehr	4.679562	7.435044	7.697547	8.184000
Umwelt und Raumordnung	0.497044	0.742025	0.695440	0.672000
Landwirtschaft und Ernährung	2.675659	3.901806	3.755223	3.876000
übrige Volkswirtschaft	0.696952	0.701679	0.730249	0.750000
Finanzen und Steuern	4.330547	9.417076	10.805739	15.136000
	1990	2004	2006	2009
Nominelles BIP¹⁰ (in Milliarden Franken)	327.583810	445.930796	474.005261	522.497391
Staatsquote Bund	9.7%	11.3%	11.2%	11.5%

⁶ Anpassung der MwSt um 0.8%; Erhöhung der LSWA, CO₂-Abgabe

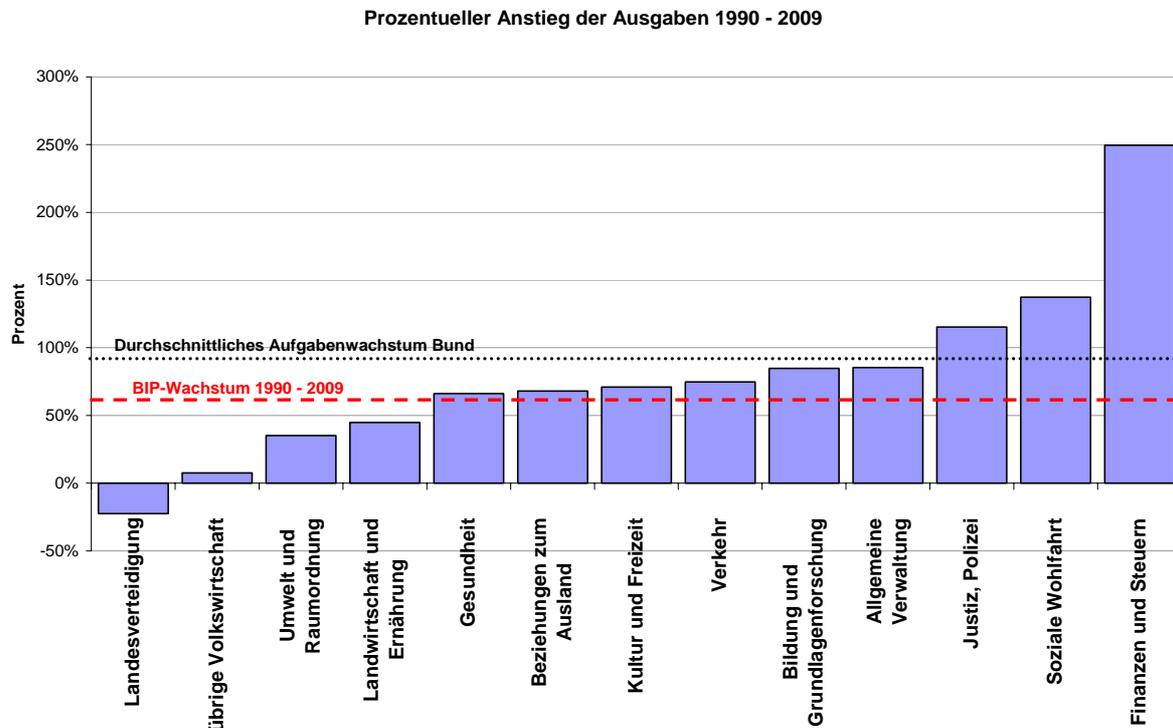
⁷ Finanzplan 2007 – 2009, S. 8.

⁸ 04.3518 - Motion. Wachstumspolitisch sinnvolle Mehrausgaben. Eingereicht von Ständerat Rolf Schweiger.

⁹ 04.3563 - Motion. Wachstumspolitisch sinnvolle Mehrausgaben. Eingereicht von Nationalrat Arthur Loepfe.

¹⁰ Nominelles Wachstum gemäss Angaben des Bundes von 2.9% für das Jahr 2006, sowie 3.3% für die Jahre 2007 – 2009.

Wie aus unten stehender Graphik ersichtlich wird, steigen gemäss Finanzplan praktisch alle Aufgabenbereiche des Bundes stärker an als die Wirtschaft wuchs. Seit 1990 ist einzig der Bereich der Landesverteidigung rückläufig. In den Bereichen Umwelt und Raumordnung, Landwirtschaft und Ernährung sowie übrige Volkswirtschaft war das Ausgabenwachstum geringer als das Wirtschaftswachstum.



Am stärksten stiegen gegenüber 1990 die Bereiche Finanzen und Steuern (+250%) sowie Soziale Wohlfahrt (+137%) an. Dies weil einerseits die Steuern stark erhöht und die dort erzielten Einnahmen wieder als Ausgaben verbucht werden, andererseits, weil die Kosten der Sozialversicherungen massiv ansteigen.

Um die alte SVP-Forderung nach einer Reduktion der Staatsquote auf Bundesebene auf unter 10% zu erfüllen, muss der Bundeshaushalt im Jahr 2009 zusätzliche Einsparungen gegenüber dem Finanzplan von über 7.8 Milliarden vornehmen!

Angesichts der Ausgabenexplosion ist der vorliegende Finanzplan 2007 – 2009 völlig ungenügend. Die SVP will den Finanzplan 2007 – 2009 so nicht behandeln und verlangt eine Überarbeitung mit dem Ziel, den Anforderungen der von den Räten verabschiedeten Motionen Rechnung zu tragen¹¹.

¹¹ Motionen 04.3518 (Schweiger) und 04.3563 (Loepfe).

Für das Jahr 2008 – 2010 ist bei der Finanzplanung als Minimalwert ein positiver Rechnungsabschluss anzustreben, die Zielvorgabe soll aber ein positiver Abschluss von 1 Milliarde Franken sein. Nur so ist ein Schuldenabbau möglich. Diese Abschlüsse sind ohne die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben zu erreichen.

Ab 2010 fordert die SVP positive Rechnungsabschlüsse in der Höhe von 1.5 bis 2 Milliarden Franken zur Reduktion der Bundesschulden.

5.4 Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht

Mittelfristig ist eine Prioritätensetzung und eine grundsätzliche Diskussion über die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben unumgänglich. Die stark expansive Kostenentwicklung der Sozialwerke zwingt den Bundesrat zu diesem Schritt. Nur wenn sich der Bundesrat klar wird, welche Aufgaben noch vom Staat wahrgenommen werden sollen und auf welche verzichtet werden kann, ist eine nachhaltige Gesundung des Bundeshaushalts möglich.

Die SVP verlangt, dass der Bundesrat eine Auslegeordnung und eine Priorisierung sämtlicher Staatsaufgaben vornimmt. Er soll bezeichnen, welche Aufgaben unumgänglich vom Bund wahrgenommen werden sollen und welche subsidiär oder privat wahrgenommen oder ersatzlos gestrichen werden müssen. Ohne Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht drohen die Staatsausgaben noch mehr aus dem Ruder zu laufen als bisher!

5.5 Verschärfung der Schuldenbremse

Das Schweizer Volk befürwortete am 2. Dezember 2001 mit 84% die Einführung der Schuldenbremse, in der Hoffnung, dass damit die Schuldensteigerung gestoppt würde. Im Jahr 2001 lagen die Bundesschulden bei rund 106 Milliarden. Im Jahr 2008 werden sie laut Finanzplan rund 145 Milliarden betragen. Trotz Schuldenbremse nehmen die Bundesschulden in nur 7 Jahren um nicht weniger als 39 Milliarden zu.

Die Schuldenbremse verfehlt ihre volle Wirksamkeit, da sie über Schwachpunkte verfügt. Aus diesem Grund verlangt die SVP folgende Korrekturen:

- **Die Gesetzgebung ist so anzupassen, dass sämtliche Ausgaben obligatorisch der Schuldenbremse unterstehen (auch Pensionskassenverpflichtungen von 9.63 Milliarden und Einführungskosten der NFA¹² von 2.7 Milliarden Franken). Wenn die Ausgaben in einem Aufgabenbereich ansteigen, sind Kompensationen in anderen Aufgabenbereichen vorzunehmen.**
- **Der Interpretationsspielraum der Verwaltung bei der Festsetzung des k-Faktors¹³ ist einzuschränken.**
- **Bei der Festsetzung der gemäss Schuldenbremse maximal zulässigen Ausgaben soll sich der Bundesrat nicht mehr nur am k-Faktor, sondern auch an der bestehenden Staatsschuld und deren Abbau orientieren.**

¹² Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

¹³ Der k-Faktor (zukünftige Wirtschaftsentwicklung dividiert durch aktuelle Wirtschaftsentwicklung) wird mit den prognostizierten Einnahmen multipliziert und bestimmt dadurch die gemäss Schuldenbremse maximal zulässigen Ausgaben.

5.6 Einführung des Finanzreferendums

Je näher die Budgetverantwortung beim Bürger liegt desto weniger hoch sind die Ausgaben und Defizite. Aus diesem Grund würde die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene zu einem gewissenhafteren Umgang des Parlaments mit den Bundesfinanzen führen. Dieses Instrument hat sich auf Kantonebene bestens bewährt.

Die SVP fordert daher bis 2008 die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene und damit die Realisierung der gleichnamigen Parlamentarischen Initiative der SVP-Bundeshausfraktion aus dem Jahr 2003¹⁴.

5.7 Schuldenabbau

5.7.1 Veräusserung der Bundesbeteiligungen

Erster Schritt in Richtung Abbau der Bundesschulden kann der Verkauf von unnötigen und risikobehafteten Beteiligungen an ehemaligen bundesnahen Unternehmungen sein. Der Bund verfügt über grosse Beteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmungen. So verfügt er etwa über eine Beteiligung von ca. 60% der Swisscom-Aktien, was einem Marktwert von ca. 18 Milliarden entspricht. Die aktuelle 100%-Beteiligung an der RUAG beträgt 340 Millionen. Die umstrittene Bundesbeteiligung an der Swiss verzeichnete in den letzten 4 Jahren einen Wertverlust von über 500 Millionen (und ist nun weniger als 100 Millionen wert).

Da grosse Bundesbeteiligungen an privaten Unternehmen erhebliche Risiken und Verpflichtungen mit sich bringen – etwa bei Pensionskassenverpflichtungen oder bei allfälligen Beteiligungen der Unternehmen im Ausland – fordert die SVP, die Bundesbeteiligungen zu veräussern und den Erlös zum Schuldenabbau zu verwenden.

5.7.2 Ausarbeitung eines Konzepts zum Schuldenabbau

Per Ende 2004 betragen die Bundesschulden über 126.7 Milliarden. Bis ins Jahr 2008 werden die Bundesschulden auf rund 145 Milliarden ansteigen, sofern die jetzigen Vorgaben aus dem Finanzplan realisiert werden. Zusammen mit den Kantons- und Gemeindeschulden steigen die öffentlichen Schulden bis 2008 auf über 270 Milliarden an. Allein die Verzinsung bei einem angenommenen Zinsniveau von 3.5% wird fast 10 Milliarden pro Jahr ausmachen. Wir werden daher im Jahr 2008 alleine für die Verzinsung der Schulden der öffentlichen Hand rund 315 Franken pro Sekunde bezahlen und bald wird die Schuldenbewirtschaftung der grösste Aufwandsposten im Bundeshaushalt sein! Aufgrund des äusserst starken Anstiegs der Bundesschulden entsteht der Eindruck, dass der Bundesrat der Schuldenentwicklung mehr oder weniger machtlos gegenüber steht und sie zumindest nicht aktiv beeinflussen will.

¹⁴ 03.401n Pa.Iv. Fraktion V. Einführung des Finanzreferendums.

Diese Feststellung wird durch die Antwort des Bundesrates vom 07.10.2005 auf eine Interpellation¹⁵ bestätigt. Anstatt ein Konzept zum schrittweisen Schuldenabbau vorzulegen, beschränkt sich der Bundesrat darauf, die sinkende Bedeutung der bestehenden Schuld aufgrund von Wirtschaftswachstum und Inflation zu betonen.

Angesichts der drohenden Ausgabensteigerungen ist es höchste Zeit, dass sich der Bundesrat über das Schuldenmanagement Gedanken macht. Ansonsten werden die Schuldzinsen bald zum wichtigsten Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Die SVP fordert den Bundesrat auf, noch in dieser Legislatur ein umfassendes Konzept zum Abbau der Staatsschulden vorzulegen.

5.8 Finanzierungskonzept Sozialversicherungen bis 2025

Die am stärksten steigenden Sachausgaben (sieht man von den grösstenteils als Transferausgaben ausgestalteten Ausgaben für Finanzen und Steuern ab) sind die Ausgaben für die Sozialwerke. Obwohl die Finanzierung der Sozialwerke nach wie vor nicht gesichert ist, werden sorglos neue Sozialwerke geschaffen. Bis ins Jahr 2010 wird man über neue Finanzspritzen für die AHV, IV, Krankenversicherung, ALV, Sozialhilfe sowie die EO diskutieren müssen und die öffentlichen Pensionskassen haben riesige Deckungslücken.

Die SVP fordert den Verzicht auf die Einführung neuer Sozialwerke, solange die Finanzierung der bestehenden nicht nachhaltig gesichert ist. Bis ins Jahr 2010 sind sämtliche bisherigen Sozialwerke zu überprüfen und an die demographischen Entwicklungen anzupassen.

Die SVP lehnt eine bundesweite Regelung der Familienzulagen oder die Erneuerung der Finanzierung von Krippenplätzen ab.

Da die Sozialwerke enorme finanzielle Belastungen aufweisen und Reformen eine lange Zeit in Anspruch nehmen, ist es unabdingbar, dass die Regierung eine längerfristige Planung der Sozialausgaben vornimmt.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, dem Parlament noch in dieser Legislaturperiode ein detailliertes Finanzierungskonzept über die Sozialversicherungen bis ins Jahr 2025 vorzulegen.

¹⁵ 05.3430 - Interpellation. Staatsschulden. Wie weiter? Eingereicht von Nationalrat Toni Brunner.